

GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2008 — 2490

[C – 2008/33059]

**17. APRIL 2008 — Erlass der Regierung über die Ausbildung und Prüfung zum Erhalt
des Pädagogischen Befähigungsnachweises in der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Königlichen Erlasses vom 19. Juni 1967 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Kandidaten für Anwerbungsämter des Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Sonder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 15. Juli 1969;

Auf Grund des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Sonder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Dienstes, insbesondere der Artikel 18, Nummer 5 und 33, Nummer 5;

Auf Grund des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Sonder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 22. Mai 1970, vom 3. Juni 1976, vom 1. April 1977 und vom 21. Oktober 1980;

Auf Grund des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statutes der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums, abgeändert durch die Dekrete vom 18. Oktober 1999, 23. Oktober 2000, 29. März 2004, 6. Juni 2005, 26. Juni 2006 und 25. Juni 2007;

Auf Grund des Dekretes vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, abgeändert durch die Dekrete vom 26. Juni 2006 und 25. Juni 2007;

Auf Grund des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den freien subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittel- und Normalschulwesens erteilt wird, das psycho-pädagogische Postsekundarschuljahr einbezogen, so wie er abgeändert wurde;

Auf Grund des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den offiziellen subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittel- und Normalschulwesens erteilt wird, so wie er abgeändert wurde;

Auf Grund des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den subventionierten Unterrichtsanstalten des technischen und beruflichen Sekundarschulwesens mit vollem Lehrplan und des Fortbildungsschulwesens erteilt wird, so wie er abgeändert wurde;

Auf Grund des Königlichen Erlasses vom 17. März 1967 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise der Personalmitglieder der freien Mittel- und Normalschulen, wie er abgeändert wurde;

Auf Grund des Protokolls S 5/2008 OSUW2/2008 vom 27. März 2008, das die Ergebnisse der in gemeinsamer Sitzung geführten Verhandlungen des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des in Artikel 17 § 2 Nr. 3 des Königlichen Erlasses vom 28. September 1984 vorgesehenen Unterausschusses enthält;

Auf Grund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 8. April 2008;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 14. April 2008;

Auf Grund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3 § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Auf Grund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, dass die Prüfung noch vor Ende des Schuljahres 2007-2008 vollständig organisiert werden muss und in Erwägung der Tatsache, dass die Verhandlungen zur Ausbildung mit den zuständigen Ausbildungsinstituten sich verzögert haben und dass daher der vorliegende Erlass dringend verabschiedet werden muss;

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I — *Organisation der Ausbildung*

Artikel 1 - Es wird eine pädagogische Ausbildung eingerichtet, die es den Teilnehmern ermöglicht, sich auf die Prüfung zum Erhalt des pädagogischen Befähigungsnachweises vorzubereiten.

Art. 2 - Die pädagogische Ausbildung wird in modularer Form organisiert und umfasst mindestens 165 Stunden.

Art. 3 - Die pädagogische Ausbildung wird ausschließlich von durch die Deutschsprachige Gemeinschaft anerkannten Ausbildungsinstituten angeboten.

Art. 4 - Die pädagogische Ausbildung umfasst drei Module:

1. Modul I: Die Schule und ihre Akteure:

Dieses Modul beinhaltet mindestens folgende Themenschwerpunkte: Schul- und Ausbildungskontext, der Schüler im Schulkontext sowie die Rechte und Pflichten des Lehrers/Ausbilders

2. Modul II: Gestaltung von Lehr- und Lernprozessen

Dieses Modul beinhaltet mindestens folgende Themenschwerpunkte: allgemeine Didaktik, Fachdidaktik, Klassenführung und Medienkompetenz

3. Modul III: Praktische Ausbildung

Dieses Modul beinhaltet mindestens folgende Themenschwerpunkte: Laboratorien, Hospitationen und Praktika.

Die Module werden in Respekt der Artikel 12 und 13 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und an das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen vermittelt.

Am Ende eines jeden Ausbildungsjahres überprüfen die Ausbildungsinstitute in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Inspektion und Beratung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Inhalte der Ausbildung und passen gegebenenfalls die Inhalte dementsprechend an.

Art. 5 - Bei den Kursen zur pädagogischen Ausbildung besteht Anwesenheitspflicht. Sollte ein Teilnehmer der pädagogischen Ausbildung nicht mindestens 75 Prozent der Kurse der gesamten Ausbildung und mindestens 50 Prozent der Kurse eines Moduls besucht haben, gilt die Ausbildung als nicht erfolgreich abgeschlossen.

Die im Rahmen der Arbeitsgesetzgebung im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zulässigen, begründeten Abwesenheiten gelten nicht als Abwesenheit gemäß Abschnitt 1 des vorliegenden Artikels.

Die jeweiligen Ausbildungsinstitute legen weitere Kriterien zum erfolgreichen Abschluss der pädagogischen Ausbildung fest.

Über eventuelle Kursbefreiungen entscheidet das jeweilige Ausbildungsinstitut im Einzelfall zu Beginn der Ausbildung.

Art. 6 - Die Ausbildung wird vom Beginn bis zur abschließenden Prüfung innerhalb von drei Jahren abgeschlossen. Ist dies nicht der Fall, wird die gesamte Ausbildung erneut durchlaufen.

Art. 7 - Das Ausbildungsinstitut kann eine Einschreibgebühr bei den Teilnehmern erheben.

Die Einschreibgebühr darf nicht mehr als 300 Euro betragen.

Art. 8 - Die Personalmitglieder der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals der Regel- und Sondersekundarschulen des von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesens und der Autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erhalten eine Vergütung für die pädagogische Betreuung der Teilnehmer der pädagogischen Ausbildung während ihrer praktischen Ausbildung.

Die in Absatz 1 erwähnte Vergütung beträgt € 4,00 pro Betreuungsstunde. Dieser Betrag wird jedes Jahr im Monat September entsprechend der Entwicklung des für die Gehälter ausschlaggebenden Gesundheitsindex angepasst.

Die Vergütung wird nach Abschluss der Ausbildung jährlich ausgezahlt.

KAPITEL II — *Prüfungsausschuss*

Art. 9 - Es wird ein Prüfungsausschuss der Deutschsprachigen Gemeinschaft, im Folgenden "der Ausschuss" genannt, eingesetzt, der mit der Aushändigung des Pädagogischen Befähigungsnachweises beauftragt ist.

Art. 10 - Der Ausschuss setzt sich zusammen aus:

1. einem Vorsitzenden und einem stellvertretenden Vorsitzenden, die von der Regierung unter den Beamten der Stufe 1 des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den Mitgliedern der Pädagogischen Inspektion und Beratung des Ministeriums, die im aktiven Dienst oder im Ruhestand sind, bezeichnet werden;

2. zwei Mitgliedern und zwei Ersatzmitgliedern, die unter dem Personal der Pädagogischen Inspektion und Beratung des Ministeriums ausgewählt werden;

3. zwei Mitgliedern und zwei Ersatzmitgliedern, die unter dem Direktions- und Lehrpersonal der Einrichtungen des technischen oder beruflichen Sekundarunterrichts der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgewählt werden;

4. zwei Mitgliedern und zwei Ersatzmitgliedern, die Vertreter der mittelständischen

Ausbildung sind und unter dem Personal des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in klein- und Mittelständischen Unternehmen sowie der Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand ausgewählt werden;

5. einem Mitglieder und einem Ersatzmitglied, die aus den Referenten der Kurse zur pädagogischen Ausbildung ausgewählt werden.

Der zuständige Minister bezeichnet Mitarbeiter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Schriftführer und stellvertretenden Schriftführer des Ausschusses.

Art. 11 - Die in Artikel 10 erwähnten Mandate haben eine unbestimmte Dauer.

Art. 12 - Der Erlass der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der

Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist für den Ausschuss anwendbar.

KAPITEL III — *Einschreibung und Zulassung zur Prüfung*

Art. 13 - Um zu den Prüfungen für den Erhalt des pädagogischen Befähigungsnachweises zugelassen zu werden, müssen die Kandidaten:

1. Inhaber eines der folgenden Ausbildungsnachweise sein:

a. Ausbildungsnachweis Niveau Master einer Universität der Französischen oder Flämischen Gemeinschaft Belgiens, die nicht den Zugang zur Lehrbefähigung an einer Universität der Französischen oder Flämischen Gemeinschaft Belgiens ermöglicht sowie alle diesen gleichgestellten Ausbildungsnachweise;

b. Ausbildungsnachweis Niveau Bachelor einer Universität oder Hochschule der Französischen oder Flämischen Gemeinschaft Belgiens insofern der Ausbildungsnachweis keine Lehrbefähigung beinhaltet sowie alle diesen gleichgestellten Ausbildungsnachweise;

c. Diplome der Oberstufe des allgemeinbildenden, technischen, berufsbildenden oder künstlerischen Sekundarunterrichts sowie alle diesen gleichgestellten Ausbildungsnachweise;

d. Meisterbrief sowie alle diesen gleichgestellte Ausbildungsnachweise;

e. Brevet der Oberstufe des berufsbildenden Sekundarunterrichts sowie alle diesen gleichgestellten Ausbildungsnachweise;

f. Diplome der Unterstufe des technischen oder berufsbildenden Sekundarunterrichts sowie alle diesen gleichgestellten Ausbildungsnachweise;

2. an einem von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten Ausbildungsinstitut erfolgreich eine pädagogische Ausbildung von mindestens 165 Stunden abgeschlossen haben;

den Antrag auf Teilnahme an der Prüfung zum Erhalt des pädagogischen Befähigungsnachweises vollständig und fristgerecht beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Abteilung Unterricht und Ausbildung, eingereicht haben.

Art. 14 - Der Antrag auf Teilnahme an der Prüfung erfolgt anhand eines Formulars, dessen Muster dem Erlass als Anlage I beigefügt ist.

Art. 15 - Dem Antrag sind folgende Dokumente beizufügen:

1. Abschrift des Ausbildungsnachweises und gegebenenfalls dessen Gleichstellung;

2. Bescheinigung eines von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten Ausbildungsinstituts einer erfolgreich abgeschlossenen pädagogischen Ausbildung von mindestens 165 Stunden;

3. ausführliche Vorbereitung der zu erteilenden Unterrichtsstunde in fünffacher Ausfertigung;

4. Portfolio-Arbeit, die mindestens den Werdegang der Ausbildung, die Laboratorien, die Hospitationen und die Praktika dokumentiert.

Wenn die Behörde einen berechtigten Zweifel an der Echtheit einer vorgelegten Abschrift hat, kontaktiert sie die Stelle, die das Dokument ursprünglich ausgestellt hat. Ersatzweise und mittels begründetem Schreiben kontaktiert die Behörde die Person, die die Abschrift vorgelegt hat. So lange letztere das Originaldokument nicht vorlegt, wird das Verfahren ausgesetzt.

Art. 16 - Der Antrag auf Teilnahme an der Prüfung mit allen erforderlichen Dokumenten ist zu einem vom Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegten und öffentlich bekanntgegebenen Datum beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Abteilung Unterricht und Ausbildung, einzureichen.

Zwecks reibungsloser Organisation der Prüfung hat das jeweilige Ausbildungsinstitut zu einem vom Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegten und öffentlich bekanntgegebenen Datum folgende Dokumente der Teilnehmer vorab einzureichen:

1. Abschrift des Ausbildungsnachweises und gegebenenfalls deren Gleichstellung;

2. das in der Anlage II beigefügte Formular mit zwei Unterrichtsthemen zur Auswahl.

KAPITEL IV — *Ablauf und Bewertung der Prüfung*

Art. 17 - Die Prüfung besteht aus einer Unterrichtsstunde, die vorab gemäß Artikel 16 des vorliegenden Erlasses beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingereicht wurde. Die Unterrichtsstunde wird an einer von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten und festgelegten Sekundarschule, der Autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder den Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand erteilt.

Die Prüfung wird auf 200 Punkte bewertet, deren Gewichtung den Kandidaten vorab bekannt gemacht wird.

Die Bewertungskriterien werden vom Ausschuss festgelegt.

Art. 18 - Die Entscheidungen werden durch Mehrheitsbeschluss getroffen. Stimmberechtigt sind die effektiven Mitglieder. Der Vorsitzende ist nicht stimmberechtigt. Liegt Stimmgleichheit vor, trifft der Vorsitzende die Entscheidung.

Art. 19 - Die Prüfung ist bestanden, wenn der Teilnehmer mindestens 60 Prozent der zu vergebenden Punkte erreicht hat.

KAPITEL V — *Abänderungs-, Aufhebungs-, Übergangs- und Schlussbestimmungen*

Art. 20 - Der Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2002 zur Einrichtung einer pädagogischen Ausbildung als Vorbereitung zur Erlangung des pädagogischen Befähigungsnachweises, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 16. Januar 2006, wird aufgehoben.

Art. 21 - Der Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2002 zur Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Aushändigung des pädagogischen Befähigungsnachweises, zur Zusammensetzung und Arbeitsweise des Ausschusses und zur Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 10. Juni 2004 und den Erlass der Regierung vom 13. April 2006, wird aufgehoben.

Art. 22 - Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 1. September 2007 in Kraft.

Art. 23 - Der für das Unterrichtswesen zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 17. April 2008

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden

K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

O. PAASCH

Anhang 1

EINSCHREIBEFORMULAR: Prüfung zum Erhalt des Pädagogischen Befähigungsnachweises	
MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT Abteilung Unterricht und Ausbildung Gospertstraße 1 4700 Eupen	
Name/Mädchenname: Vorname: Straße: geboren am: Tel./Mobil:	PLZ/Ort: in:
Einzureichende Dokumente: - Abschrift Ausbildungsnachweis (gegebenenfalls dessen Gleichstellung) - Bescheinigung der erfolgreich absolvierten Ausbildung - Ausführliche Vorbereitung der Unterrichtsstunde in 5-facher Ausfertigung - Portfolio-Arbeit, die den Werdegang der Ausbildung dokumentiert	
Datum: Einzureichen bis zum:	Unterschrift:

Anhang 2

UNTERRICHTSTHEMEN FÜR DIE PRÜFUNG ZUM ERHALT DES						
PÄDAGOGISCHEN BEFÄHIGUNGSNACHWEISES						
Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft		Name/Mädchenname: Vorname:				
Abteilung Unterricht und Ausbildung Gospertstraße 1 4700 Eupen		Telefon:				
		Schule, in der Sie die Prüfung ablegen:				
Thema der Unterrichtseinheit	Unterrichts- jahr (1)	Studienrichtung (2)	Fach (3)	Klassen- lehrer	Datum, Uhrzeit der Stunde	Eventuelle Bemerkungen
(1) zum Beispiel: 3. technische Befähigung (2) zum Beispiel: Touristik - Sprachen (3) zum Beispiel: Verwaltungsinformatik						

Gesehen, um dem Erlass der Regierung 3509/EX/VI/B/III vom 17. April 2008 beigefügt zu werden.
Eupen, den 17. April 2008

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung
O. PAASCH

 TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2008 — 2490

[C - 2008/33059]

**17 AVRIL 2008. — Arrêté du Gouvernement relatif à la formation et à l'examen
en vue de l'obtention du certificat d'aptitude pédagogique en Communauté germanophone**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu l'arrêté royal du 19 juin 1967 fixant les titres requis des candidats aux fonctions de recrutement du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, modifié par l'arrêté royal du 15 juillet 1969;

Vu l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, notamment les articles 18, 5° et 33, 5°;

Vu l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et des internats dépendant de ces établissements, modifié par les arrêtés royaux des 22 mai 1970, 3 juin 1976, 1^{er} avril 1977 et 21 octobre 1980;

Vu le décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, modifié par les décrets des 18 octobre 1999, 23 octobre 2000, 29 mars 2004, 6 juin 2005, 26 juin 2006 et 25 juin 2007;

Vu le décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés, modifié par les décrets des 26 juin 2006 et 25 juin 2007;

Vu l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d'enseignement moyen ou d'enseignement normal subventionnés, y compris l'année postsecondaire psycho-pédagogique, tel que modifié;

Vu l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements d'enseignement moyen ou d'enseignement normal officiels subventionnés, tel que modifié;

Vu l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans les établissements subventionnés d'enseignement technique et d'enseignement professionnel secondaire de plein exercice et de promotion sociale, tel que modifié;

Vu l'arrêté royal du 17 mars 1967 fixant les titres de capacité jugés suffisants pour les membres du personnel des établissements libres d'enseignement moyen et normal, tel que modifié;

Vu le protocole n° S5/2008 OSUW 2/2008 du 27 mars 2008 contenant les conclusions des négociations menées en séance commune du comité de secteur XIX pour la Communauté germanophone et du sous-comité prévu à l'article 17, § 2, 3°, de l'arrêté royal du 28 septembre 1984;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 8 avril 2008;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 14 avril 2008;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'urgence;

Considérant que l'adoption du présent arrêté ne souffre plus aucun délai étant donné que l'examen doit encore être complètement organisé avant la fin de l'année scolaire 2007-2008 et que les négociations menées avec les instituts de formation compétents à propos de la formation ont pris du retard;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Enseignement;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. – *Organisation de la formation*

Article 1^{er}. Il est instauré une formation pédagogique permettant aux cursistes de se préparer à l'examen en vue d'obtenir le certificat d'aptitude pédagogique.

Art. 2. La formation pédagogique est organisée sous forme modulaire et comprend au moins 165 heures.

Art. 3. La formation pédagogique est exclusivement proposée par des instituts de formation agréés par la Communauté germanophone.

Art. 4. La formation pédagogique comprend trois modules :

1° module I : l'école et ses acteurs

Ce module porte au moins sur les thèmes essentiels suivants : le contexte de l'école et de la formation, l'élève dans le contexte scolaire ainsi que les droits et devoirs de l'enseignant/du formateur;

2° module II : organisation de processus d'enseignement et d'apprentissage

Ce module porte au moins sur les thèmes essentiels suivants : didactique générale, didactique disciplinaire, conduite d'une classe et compétences médiatiques;

3° module III : formation pratique

Ce module porte au moins sur les thèmes essentiels suivants : laboratoires, stages d'observation et stages pratiques.

Les modules sont dispensés dans le respect des articles 12 et 13 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires.

A la fin de chaque année de formation, les instituts de formation en vérifient le contenu en collaboration avec l'inspection-guidance pédagogique du Ministère de la Communauté germanophone et l'adaptent le cas échéant.

Art. 5. En ce qui concerne la formation pédagogique, la présence au cours est obligatoire. Si un cursiste n'a pas fréquenté au moins 75 % des cours de l'ensemble de la formation et 50 % des cours d'un module, il est censé ne pas avoir réussi la formation.

Les absences motivées, autorisées dans le cadre de la réglementation du travail dans l'enseignement de la Communauté germanophone ne sont pas considérées comme « absence » au sens du premier alinéa du présent article.

Les différents instituts de formation déterminent les autres critères à remplir pour réussir la formation pédagogique.

En début de formation, chaque institut de formation décide au cas par cas d'éventuelles dispenses de cours.

Art. 6. La formation doit être achevée dans un délai de trois ans, depuis son début jusqu'à l'examen final. Si ce n'est pas le cas, il faut suivre à nouveau toute la formation.

Art. 7. L'institut de formation peut exiger des cursistes un droit d'inscription dont le montant ne peut être supérieur à 300 EUR.

Art. 8. Les membres du personnel appartenant à la catégorie du personnel directeur et enseignant des écoles secondaires, normales et spéciales, de l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone et de la haute école autonome reçoivent une allocation pour l'encadrement pédagogique des cursistes pendant leur formation pratique.

L'allocation visée au premier alinéa est de 4,00 EUR par heure d'encadrement. Ce montant est adapté annuellement au mois de septembre en fonction de l'évolution de l'indice santé applicable aux traitements.

L'allocation est liquidée annuellement au terme de la formation.

CHAPITRE II. — *Le Jury*

Art. 9. Il est institué un jury de la Communauté germanophone, ci-après dénommé « le jury », chargé de délivrer le certificat d'aptitude pédagogique.

Art. 10. Le jury est composé :

1° d'un président et d'un vice-président, désignés par le Gouvernement parmi les agents de niveau I du Ministère de la Communauté germanophone ou parmi les membres de l'inspection-guidance pédagogique du Ministère, qui sont en activité de service ou à la retraite;

2° de deux membres effectifs et de deux membres suppléants choisis parmi le personnel de l'inspection-guidance pédagogique du Ministère;

3° de deux membres effectifs et de deux membres suppléants choisis parmi le personnel directeur et enseignant des établissements d'enseignement secondaire technique ou professionnel de la Communauté germanophone;

4° de deux membres effectifs et de deux membres suppléants, représentants de la formation dans les classes moyennes, choisis parmi le personnel de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E. et des Centres de formation et de formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E.;

5° d'un membre effectif et d'un membre suppléant choisis parmi les conférenciers des cours de formation pédagogique.

Le ministre compétent désigne des agents du Ministère de la Communauté germanophone comme secrétaire et secrétaire suppléant du jury.

Art. 11. Les mandats mentionnés à l'article 10 ont une durée indéterminée.

Art. 12. L'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone est applicable au jury.

CHAPITRE III. — *Inscription et admission à l'examen*

Art. 13. Pour être admis à l'examen en vue d'obtenir le certificat d'aptitude pédagogique, les candidats doivent :

1° être titulaires d'un des certificats de formation suivants :

a) certificat de formation du niveau « master » , obtenu auprès d'une université de la Communauté française ou de la Communauté flamande de Belgique, qui ne permet pas de suivre une agrégation dans une université de la Communauté française ou de la Communauté flamande de Belgique ainsi que tout certificat de formation y assimilé;

b) certificat de formation du niveau « bachelor », obtenu auprès d'une université ou école supérieure de la Communauté française ou de la Communauté flamande de Belgique, qui ne comporte pas de titre pédagogique, ainsi que tout certificat de formation y assimilé;

c) diplômes de l'enseignement secondaire supérieur général, technique, professionnel ou artistique, ainsi que tout certificat de formation y assimilé;

d) certificat de patronat, ainsi que tout certificat de formation y assimilé;

e) brevet des cours professionnels secondaires supérieurs, ainsi que tout certificat de formation y assimilé;

f) diplômes des cours techniques ou professionnels secondaires inférieurs, ainsi que tout certificat de formation y assimilé;

2° avoir suivi avec fruit, auprès d'un institut de formation agréé par le Gouvernement de la Communauté germanophone, une formation pédagogique d'au moins 165 heures;

3° avoir introduit à temps auprès du Ministère de la Communauté germanophone, Division « Enseignement et Formation », leur demande complète de participation à l'examen en vue de l'obtention du certificat d'aptitude pédagogique.

Art. 14. La demande de participation à l'examen est introduite au moyen d'un formulaire dont le modèle figure en annexe I^{re}.

Art. 15. Les documents suivants seront joints à la demande :

1° une copie du certificat de formation et, le cas échéant, de son assimilation;

2° l'attestation délivrée par un institut de formation agréé par le Gouvernement de la Communauté germanophone après la réussite d'une formation pédagogique d'au moins 165 heures;

3° la préparation détaillée de l'heure de cours à dispenser, en cinq exemplaires;

4° le travail de portfolio qui documente au moins le déroulement de la formation, les laboratoires, stages d'observation et stages pratiques.

Lorsque l'autorité a un doute fondé quant à l'authenticité d'une copie présentée, elle contacte l'organisme qui a délivré l'original du document. Elle peut, secondairement, contacter par lettre motivée la personne qui a présenté la copie. Tant que celle-ci n'a pas présenté l'original, la procédure est suspendue.

Art. 16. La demande de participation à l'examen ainsi que tous les documents nécessaires doivent, à une date fixée et publiée par le Ministère de la Communauté germanophone, être introduits auprès du Ministère de la Communauté germanophone, Division « Enseignement et Formation ».

Pour permettre une organisation correcte de l'examen, l'institut de formation concerné doit introduire, à une date fixée et publiée par le Ministère de la Communauté germanophone les documents suivants des cursistes :

1° une copie du certificat de formation et, le cas échéant, de son assimilation;

2° le formulaire figurant à l'annexe II, avec deux sujets de leçon au choix.

CHAPITRE IV. — *Déroulement et évaluation de l'examen*

Art. 17. L'examen consiste en une heure de cours dont le sujet est préalablement communiqué au Ministère de la Communauté germanophone conformément à l'article 16 du présent arrêté. L'heure de cours est dispensée auprès d'une école secondaire reconnue et déterminée par le Gouvernement de la Communauté germanophone, de la haute école autonome ou des centres de formation et de formation continue dans les Classes moyennes.

L'examen est noté sur 200 points, la pondération étant communiquée auparavant aux candidats.

Les critères d'évaluation sont déterminés par le jury.

Art. 18. Les décisions sont prises à la majorité des voix. Les membres effectifs ont voix délibérative, pas le président. En cas de parité des voix, c'est le président qui décide.

Art. 19. L'examen est réussi lorsque le cursiste obtient au moins 60 % des points à attribuer.

CHAPITRE V. — *Dispositions abrogatoires et finales*

Art. 20. L'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2002 instaurant une formation pédagogique préparant à l'obtention du certificat d'aptitude pédagogique, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 16 janvier 2006, est abrogé.

Art. 21. L'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2002 instituant le jury de la Communauté germanophone pour la délivrance du certificat d'aptitude pédagogique, en fixant la composition et le fonctionnement et portant organisation des examens passés devant ce jury, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 10 juin 2004 et 13 avril 2006, est abrogé.

Art. 22. Le présent arrêté produit ses effets le 1^{er} septembre 2007.

Art. 23. Le Ministre compétent en matière d'Enseignement est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 17 avril 2008.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique,
O. PAASCH

Annexe 1^e

FORMULAIRE D'INSCRIPTION :
Examen en vue de l'obtention du certificat d'aptitude pédagogique

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE
Division « Enseignement et Formation »
Gospertstraße 1
4700 EUPEN

Nom/Nom de jeune fille

Prénom(s)

Rue Code postal/localité

Né(e) le à

Tél./GSM

Documents à introduire :

- une copie du certificat de formation et, le cas échéant, de son assimilation;
- l'attestation délivrée après la réussite de la formation;
- la préparation détaillée de l'heure de cours à dispenser, en cinq exemplaires;
- le travail de portfolio qui documente le cursus de la formation

Date Signature

A introduire pour le

Annexe 2

SUJETS DE LEÇON POUR L'EXAMEN EN VUE DE L'OBTENTION DU CERTIFICAT D'APTITUDE PEDAGOGIQUE						
Ministère de la Communauté germanophone Division « Enseignement et Formation » Gospertstraße 1 4700 Eupen		Nom/Nom de jeune fille : Prénom(s) : Téléphone : Ecole où vous présentez l'examen :			
Sujet de la leçon	Année d'études (1)	Section (2)	Cours (3)	Enseignant	Date, heure	Remarques éventuelles
(1) exemple : 3 ^e qualification technique (2) exemple : Tourisme – Langues (3) exemple : Informatique administrative						

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2008 — 2490

[C – 2008/33059]

17 APRIL 2008. — Besluit van de Regering betreffende de opleiding en het examen met het oog op het verkrijgen van het getuigschrift van pedagogische bekwaamheid in de Duitstalige Gemeenschap

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het koninklijk besluit van 19 juni 1967 tot vaststelling van de bekwaamheidsbewijzen vereist van de kandidaten voor de wervingsambten van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpenseel van de rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 15 juli 1969;

Gelet op het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaal onderwijs van de Staat alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, inzonderheid op de artikelen 18, 5°, en 33, 5°;

Gelet op het koninklijk besluit van 22 april 1969 betreffende de bekwaamheidsbewijzen vereist van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch personeel der rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, technisch, kunst- en normaalonderwijs, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 22 mei 1970, 3 juni 1976, 1 april 1977 en 21 oktober 1980;

Gelet op het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-Centrum, gewijzigd bij de decreten van 18 oktober 1999, 23 oktober 2000, 29 maart 2004, 6 juni 2005, 26 juni 2006 en 25 juni 2007;

Gelet op het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra, gewijzigd bij de decreten van 26 juni 2006 en 25 juni 2007;

Gelet op het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde vrije inrichtingen voor middelbaar onderwijs of voor normaalonderwijs, met inbegrip van het postsecundair psycho-pedagogisch jaar, zoals het gewijzigd werd;

Gelet op het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs georganiseerd in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor middelbaar onderwijs en in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor normaalonderwijs, zoals het gewijzigd werd;

Gelet op het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in de gesubsidieerde inrichtingen voor secundair technisch en beroepsonderwijs met volledig leerplan en voor sociale promotie, zoals het gewijzigd werd;

Gelet op het koninklijk besluit van 17 maart 1967 tot vaststelling van de bevoegdheidsbewijzen die voldoende geacht werden voor de leden van het personeel der vrije inrichtingen voor middelbaar en normaalonderwijs, zoals het gewijzigd werd;

Gelet op het protocol nr. S5/2008 OSUW 2/2008 van 27 maart 2008 houdende de conclusies van de onderhandelingen gevoerd in een gemeenschappelijke zitting van het Sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap en van het subcomité bepaald in artikel 17, § 2, 3^o, van het koninklijk besluit van 28 september 1984;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 8 april 2008;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 14 april 2008;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat voorliggend besluit onverwijld moet worden aangenomen, omdat het examen nog vóór het einde van het schooljaar 2007–2008 volledig moet worden georganiseerd en de met de bevoegde opleidingsinstituten gevoerde onderhandelingen m.b.t. de opleiding vertraging hebben opgelopen;

Op de voordracht van de Minister bevoegd inzake Onderwijs;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — *Organisatie van de opleiding*

Artikel 1. Er wordt een pedagogische opleiding ingericht die het de deelnemers mogelijk maakt zich op het examen voor het verkrijgen van het getuigschrift van pedagogische bekwaamheid voor te bereiden.

Art. 2. De pedagogische opleiding is modulair opgebouwd en omvat ten minste 165 uren.

Art. 3. De pedagogische opleiding wordt uitsluitend aangeboden door opleidingsinstituten die door de Duitstalige Gemeenschap erkend zijn.

Art. 4. De pedagogische opleiding omvat drie modules :

1^o module I : de school en de acteurs ervan :

Deze module behandelt ten minste volgende sleutelthema's: school- en opleidingscontext, de leerling in schoolcontext, alsmede de rechten en verplichtingen van de leraar/opleider;

2^o module II : organisatie van onderwijs- en leerprocessen

Deze module behandelt ten minste volgende sleutelthema's: algemene didactiek, vakdidactiek, klasleiding en bevoegdheden op het gebied van de media;

3^o module III : praktische opleiding

Deze module behandelt tenminste volgende sleutelthema's: laboratoriumwerkzaamheden, observatie- en praktijkstages.

De modules worden verstrekt overeenkomstig de artikelen 12 en 13 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs.

Op het einde van elk opleidingsjaar onderzoeken de opleidingsinstituten, in samenwerking met de pedagogische inspectie-begeleiding van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, de inhoud van de opleiding en passen deze desgevallend aan.

Art. 5. Wat de pedagogische opleiding betreft, geldt voor de cursussen een aanwezigheidsplicht. Indien een deelnemer aan de pedagogische opleiding niet ten minste 75 % van de cursussen der hele opleiding en 50 % van de cursussen van één module heeft bezocht, dan wordt de opleiding geacht, niet met vrucht beëindigd te zijn.

De met redenen omklede afwezigheden die in het kader van de arbeidswetgeving in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap worden toegelaten, gelden niet als « afwezigheid » in de zin van het eerste lid van voorliggend artikel.

De betrokken opleidingsinstituten bepalen de nadere criteria voor het met vrucht eindigen van de pedagogische opleiding.

Het betrokken opleidingsinstituut beslist bij het begin van de opleiding, geval per geval, over eventuele onderwijsvrijstellingen.

Art. 6. De opleiding wordt, vanaf het begin tot en met het slotexamen, binnen drie jaar afgesloten. Zo niet moet de hele opleiding opnieuw worden gevolgd.

Art. 7. Het opleidingsinstituut kan van de deelnemers een inschrijvingsgeld van ten hoogste 300 EUR verlangen.

Art. 8. De leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel van de gewone en buitengewone secundaire scholen van het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs en van de autonome hogeschool verkrijgen een vergoeding voor de pedagogische begeleiding van de deelnemers aan de pedagogische opleiding tijdens hun praktische opleiding.

De vergoeding bedoeld in het eerste lid belooft 4 EUR per uur begeleiding. Dit bedrag wordt jaarlijks in september aan de ontwikkeling van het gezondheidsindexcijfer aangepast dat op de wedden toepasselijk is.

De vergoeding wordt jaarlijks na beëindiging van de opleiding uitbetaald.

HOOFDSTUK II. — *Examencommissie*

Art. 9. Er wordt een examencommissie van de Duitstalige Gemeenschap opgericht, hierna « de commissie » benoemd, die belast is met het uitreiken van het getuigschrift van pedagogische bekwaamheid.

Art. 10. De commissie is samengesteld uit :

1° één voorzitter en één vicevoorzitter, die door de Regering aangewezen worden onder de ambtenaren van niveau 1 van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap of de personeelsleden van de pedagogische inspectie-begeleiding van het Ministerie die in dienstactiviteit of op rust zijn;

2° twee werkende en twee plaatsvervangende leden gekozen onder het personeel van de pedagogische inspectie-begeleiding van het Ministerie;

3° twee werkende en twee plaatsvervangende leden gekozen onder het bestuurs- en onderwijzend personeel van de inrichtingen voor technisch of beroepssecundair onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap;

4° twee werkende en twee plaatsvervangende leden, vertegenwoordigers van de opleiding in de Middenstand, gekozen onder het personeel van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s en van de centra voor opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s;

5° één werkend lid en één plaatsvervangend lid gekozen onder de voordrachtgevers van de cursussen m.b.t. de pedagogische opleiding.

De bevoegde minister wijst ambtenaren van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap als secretaris en plaatsvervangende secretaris van de commissie aan.

Art. 11. De in artikel 10 vermelde mandaten hebben een onbepaalde duur.

Art. 12. Het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap is toepasselijk op de commissie.

HOOFDSTUK III. — *Inschrijving voor en toelating tot het examen*

Art. 13. Om tot het examen voor het verkrijgen van het getuigschrift van pedagogische bekwaamheid toegelaten te worden moeten de kandidaten :

1° houders zijn van één der volgende scholingscertificaten :

a) scholingscertificaat van het niveau « master » van een universiteit van de Franse of Vlaamse Gemeenschap van België dat het niet mogelijk maakt een aggregatie te volgen bij een universiteit van de Franse of Vlaamse Gemeenschap van België, alsmede alle ermee gelijkgestelde scholingscertificaten;

b) scholingscertificaat van het niveau « bachelor » van een universiteit of hogeschool van de Franse of Vlaamse Gemeenschap van België, voor zover het geen pedagogisch getuigschrift bevat, alsmede alle ermee gelijkgestelde scholingscertificaten;

c) diploma's van het hoger algemeen, technisch, beroeps- of kunstsecundair onderwijs, alsmede alle ermee gelijkgestelde scholingscertificaten;

d) diploma van opleiding tot ondernemingshoofd, alsmede alle ermee gelijkgestelde scholingscertificaten;

e) brevet van de hogere secundaire beroepsleergangen, alsmede alle ermee gelijkgestelde scholingscertificaten;

f) diploma's van de lagere secundaire technische of beroepsleergangen, alsmede alle ermee gelijkgestelde scholingscertificaten;

2° een pedagogische opleiding van ten minste 165 uren met vrucht hebben beëindigd in een door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap erkend opleidingsinstituut;

3° hun volledige aanvraag om deelneming aan het examen voor het verkrijgen van het getuigschrift van pedagogische bekwaamheid in de vastgelegde termijn hebben ingediend bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, Afdeling « Onderwijs en Vorming ».

Art. 14. De aanvraag om aan het examen deel te nemen geschiedt via een formulier waarvan het model als bijlage I bij dit besluit wordt gevoegd.

Art. 15. Volgende documenten moeten de aanvraag bijgevoegd worden :

1° een afschrift van het scholingscertificaat en, desgevallend, van de gelijkstelling ervan;

2° het attest dat door een opleidingsinstituut erkend door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap uitgereikt wordt, nadat een pedagogische opleiding van ten minste 165 uren met vrucht is beëindigd;

3° de uitvoerige voorbereiding van het te verstrekken lesuur, in vijfvoudig exemplaar;

4° het portfoliowerk, dat tenminste het opleidingsverloop, de laboratoriumwerkzaamheden, de observatie- en praktijkstages documenteert.

Als de overheid een gegronde twijfel aan de echtheid van een voorgelegd afschrift heeft, neemt ze contact op met de instantie die het bescheid oorspronkelijk heeft uitgereikt. Op secundaire wijze neemt de overheid, door middel van een met redenen omkleed brief, contact op met de persoon die het afschrift heeft voorgelegd. Zolang deze het origineel stuk niet voorlegt, wordt de procedure opgeschort.

Art. 16. De aanvraag om aan het examen deel te nemen alsmede alle noodzakelijke documenten moeten, tot de datum bepaald en bekendgemaakt door het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, Afdeling « Onderwijs en Vorming » worden ingediend.

Met het oog op een goede organisatie van het examen moet het betrokken opleidingsinstituut, tot de datum bepaald en bekendgemaakt door het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, volgende documenten van de deelnemers vooraf bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, Afdeling « Onderwijs en Vorming » indienen :

- 1° een afschrift van het scholingscertificaat en, desgevallend, van de gelijkstelling ervan;
- 2° het formulier opgenomen in bijlage II, met twee lesonderwerpen naar keuze.

HOOFDSTUK IV. — *Verloop en evaluatie van het examen*

Art. 17. Het examen bestaat uit een lesuur waarvan het onderwerp vooraf, overeenkomstig artikel 16 van voorliggend besluit, aan het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap wordt medegedeeld. Het lesuur wordt verstrekt aan een door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap erkende en bepaalde secundaire school, de autonome hogeschool of de centra voor opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand.

Voor het examen wordt een cijfer op 200 punten gegeven, waarbij het puntengewicht vooraf aan de kandidaten wordt meegedeeld.

De evaluatiecriteria worden door de commissie bepaald.

Art. 18. De beslissingen worden met de meerderheid der stemmen genomen, waarbij de werkende leden stemgerechtigd zijn en de voorzitter aan de stemming niet deelneemt. Bij staking van stemmen wordt de beslissing door de voorzitter genomen.

Art. 19. Het examen is met succes afgelegd wanneer de deelnemer ten minste 60 % van het totaal aantal toegekende punten heeft verkregen.

HOOFDSTUK V. — *Opheffings- en slotbepalingen*

Art. 20. Het besluit van de Regering van 19 december 2002 houdende inrichting van een pedagogische opleiding ter voorbereiding op het verkrijgen van het getuigschrift van pedagogische bekwaamheid, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 16 januari 2006, wordt opgeheven.

Art. 21. Het besluit van de Regering van 19 december 2002 tot oprichting van de examencommissie van de Duitstalige Gemeenschap voor het verlenen van het getuigschrift van pedagogische bekwaamheid, tot vaststelling van de samenstelling en de werking ervan en tot organisatie van de examens afgelegd vóór deze examencommissie, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 10 juni 2004 en 13 april 2006, wordt opgeheven.

Art. 22. Dit besluit heeft uitwerking op 1 september 2007.

Art. 23. De Minister bevoegd inzake Onderwijs is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 17 april 2008.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen,

K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,

O. PAASCH

Bijlage 1

INSCHRIJVINGSFORMULIER :
Examen met het oog op het verkrijgen
van het getuigschrift van pedagogische bekwaamheid

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP
Afdeling « Onderwijs en Vorming »
Gospertstraße 1
4700 EUPEN

Naam/Meisjesnaam

Voorna(a)m(en)

Straat Postcode/gemeente

Geboren op te

Tel./GSM

In te dienen documenten :

- een afschrift van het scholingscertificaat en, desgevallend, van de gelijkstelling ervan;
- het attest dat de opleiding met vrucht is beëindigd;
- de uitvoerige voorbereiding van het te verstrekken lesuur, in vijfvoudig exemplaar;
- het portfoliowerk, dat ten minste het opleidingsverloop, de laboratoriumwerkzaamheden, de observatie- en praktijkstages documenteert.

Datum Handtekening

In te dienen tot

Bijlage 2

LESONDERWERPEN VOOR HET EXAMEN MET HET OOG OP VER VERKRIJGEN VAN HET GETUIGSCHRIFT VAN PEDAGOGISCHE BEKWAAMEID						
Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap Afdeling « Onderwijs en Vorming » Gospertstraße 1 4700 Eupen		Naam/Meisjesnaam : Voorna(a)m(en) : Telefoon : School waar het examen wordt afgelegd :			
Lesonderwerp	Studiejaar (1)	Studierichting (2)	Vak (3)	Leraar	Datum tijdtip	Eventuele opmerkingen
(1) bijvoorbeeld : 3 ^e technisch kwalificatiejaar (2) bijvoorbeeld : Toerisme - Talen (3) bij voorbeeld : Bestuursinformatica						

BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST — REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

COMMISSION COMMUNAUTAIRE FRANÇAISE DE LA REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

F. 2008 — 2491

[C - 2008/31378]

**4 MAI 2006. — Arrêté du Collège de la Commission communautaire française
relatif au subventionnement des centres agréés de Formation permanente pour les Classes moyennes
et les Petites et Moyennes Entreprises**

Le Collège de la Commission communautaire française,

Vu l'accord de coopération conclu le 20 février 1995 par la Commission communautaire française, la Communauté française et la Région wallonne relatif à la Formation permanente pour les Classes moyennes et les Petites et Moyennes Entreprises et à la tutelle de l'Institut de formation permanente pour les Classes moyennes et les Petites et Moyennes Entreprises, approuvé par le décret du 18 décembre 1995, notamment les articles 5, 8 et 20bis, remplacés ou insérés par l'avenant le 4 juin 2003, approuvé par le décret du 17 juillet 2003;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 24 février 2006;

Vu l'accord de la Membre du Collège chargée du Budget;

Vu l'avis 40.115/2 du Conseil d'Etat, donné le 24 avril 2006, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

Sur proposition du Membre du Collège, chargé de la Formation professionnelle et permanente des Classes moyennes;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1^{er}. — Dispositions générales

Article 1^{er}. Le présent arrêté règle, en application de l'article 138 de la Constitution, une matière visée à l'article 127 de celle-ci.

Art. 2. Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

– Ministre : le Membre du Collège de la Commission communautaire française chargé de la formation professionnelle et permanente des Classes moyennes et les Petites et Moyennes Entreprises;

– Commission : la Commission communautaire française;

– Service : le service à gestion séparée « Service Formation P.M.E. »;

– Centre : tout centre de formation permanente des classes moyennes et des petites et moyennes entreprises agréé par la Commission communautaire française;

– Accord de coopération : l'accord de coopération conclu le 20 février 1995 par la Commission communautaire française, la Communauté française et la Région wallonne, relatif à la Formation permanente pour les Classes moyennes et les Petites et Moyennes Entreprises et à la tutelle de l'Institut de formation permanente pour les Classes moyennes et les Petites et Moyennes Entreprises, modifié par avenant le 4 juin 2003;